

# Klappt's?

Faktencheck und Erfahrungsaustausch zur  
Beteiligung von MigrantInnen in Baden-Württemberg

02. Juli 2015, eule gmünder wissenswerkstatt, Schwäbisch Gmünd



Schwäbisch Gmünd  
Älteste Stauferstadt



Baden-Württemberg  
STAATSMINISTERIUM



Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg



# INHALT

1.	»Klappt´s?« Zur Fragestellung der Veranstaltung . . . . .	3
<b>EMPFEHLUNGEN . . . . .</b>		<b>4</b>
2.	Die Gesprächsrunden. . . . .	6
3.	Kommunale Strategien . . . . .	10
4.	Nachgefragt: Standpunkte aus Politik und Gesellschaft zur Beteiligung von MigrantInnen in Baden-Württemberg . . . . .	11
<b>BEISPIELE + ERFAHRUNGEN . . . . .</b>		<b>13</b>
5.	So Klappt´s! Gute Beispiele der Beteiligung von MigrantInnen . . . . .	13
5.1.	Über Kindergeschrei zur Beteiligung – Das Bildungs- und Familienzentrum Hardt (BiKiFa). . . . .	13
5.2.	KIKUWE – Kinder – Kultur – Werkstatt Nürtingen. . . . .	14
5.3.	Der Runde Tisch Integration – Eine Beteiligungsplattform . . . . .	14
5.4.	Polizei Mannheim – »Sicherheit gemeinsam gestalten – Polizei und Migranten im offenen Gespräch«. . . . .	15
5.5.	Wir sind Gmünd! Der Integrationsbeauftragte und das Integrationskonzept .	16
5.5.1	Das Märchen des Integrationsbeauftragten. . . . .	17
5.6.	Vom Flüchtling zum Bürger – Eine Willkommenskultur für Flüchtlinge . . . .	18
6.	Das Programm der Veranstaltung . . . . .	19
7.	Presseberichterstattung . . . . .	21
8.	Die Veranstalter. . . . .	22
9.	Die angemeldeten TeilnehmerInnen . . . . .	23

Ein besonderer Dank gilt den Studierenden des Masterstudiengangs »Planung und Partizipation« der Universität Stuttgart sowie der Studiengangskordinatorin Dr. Gisela Wachinger, ohne deren tatkräftige Unterstützung diese Dokumentation nicht möglich gewesen wäre.

**Redaktion:**  
Initiative Allianz für Beteiligung e.V.  
Geschäftsstelle  
Königstraße 10A  
70173 Stuttgart  
[www.allianz-fuer-beteiligung.de](http://www.allianz-fuer-beteiligung.de)



# »Klappt's?«

## Zur Fragestellung der Veranstaltung

**»Jeder, der nach Baden-Württemberg kommt, auch wenn es nur vorübergehend sein sollte, ist ein Baden-Württemberger. Es sollte also jeder das Recht und die Möglichkeit zum Mitmachen und zur Beteiligung haben!«** Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg.

Bereits heute hat in Baden-Württemberg rund ein Viertel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Aufgrund dessen

wird die Thematik »Beteiligung von MigrantInnen« immer präsenter.

Viele AkteurInnen in Baden-Württemberg arbeiten deshalb bereits seit vielen Jahren an Konzepten, um Menschen mit Migrationsgeschichte in gesellschaftliche und politische Bereiche einzubinden. Gemeinsam mit der Stadt Schwäbisch



Gmünd, dem Staatsministerium Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg führte die Allianz für Beteiligung ihr Netzwerktreffen 2015 zu folgender Fragestellung durch: **»Klappt's? Faktencheck und Erfahrungsaustausch zur Beteiligung von MigrantInnen in Baden-Württemberg«.**

Gemeinsam mit 150 TeilnehmerInnen aller gesellschaftlicher Bereiche (VertreterInnen der Zivilgesellschaft, der Verwaltung, Politik und universitärer Forschung) wurde diskutiert, wie Menschen mit Migrationsgeschichte an gesellschaftspolitischen Fragen beteiligt werden können, welche Erfahrungen es zu diesem Thema gibt und welche Ansätze erfolgversprechend sind. Ziel des Netzwerktreffens war es, das Erfahrungswissen der AkteurInnen zu sammeln und gemeinsam einem Faktencheck zu unterziehen. So sollten gängige Thesen mit Praxiserfahrung in Verbindung gebracht werden und gute Ansätze zur Beteiligung von MigrantInnen festgehalten werden.

*Gesprächspartner in Tischrunden und Workshops waren dabei unter anderem:*

- **Richard Arnold**, Oberbürgermeister von Schwäbisch Gmünd
- **Jovica Arvanitelli**, Leiter der Beratungsstelle Mannheim für nichtdeutsche Roma
- **Sadaf Babaei**, Projektleiterin Allianz für Beteiligung
- **Dr. Joachim Bläse**, Erster Bürgermeister Schwäbisch Gmünd
- **Birgit Bormann**, Stadtteilkoordinatorin und Leiterin des Familien- und Nachbarschaftszentrums FuN, Schwäbisch Gmünd
- **Kezban Celik**, Leiterin Projekt Interkulturelle Öffnung des Mehrgenerationenhauses des DRK Schwäbisch Gmünd
- **Daniela Dinsler**, Flüchtlingsbeauftragte der Stadt Schwäbisch Gmünd
- **Gisela Erler**, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
- **Hermann Gaugele**, Integrationsbeauftragter der Stadt Schwäbisch Gmünd
- **Dr. Frank Gesemann**, Geschäftsführer des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI)
- **Rolf Graser**, Geschäftsführer Forum der Kulturen Stuttgart e.V.
- **Halina Greczuk**, Elternmentorin Schwäbisch Gmünd
- **Heidrun Hassel**, Leiterin Referat Prävention beim Polizeipräsidium Mannheim
- **Martina Häusler**, Geschäftsführerin Runder Tisch Integration Schwäbisch Gmünd
- **Fuad Koldzic**, Sprecher des Integrationsbeirats Schwäbisch Gmünd
- **Ludwig Majohr**, Leiter des Förderprojektes HUT (Handwerk und Technik)
- **Argyri Paraschaki**, Erste stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes der kommunalen MigrantInnenvertretungen Baden-Württemberg
- **Julia Rieger**, Geschäftsführerin Kinder-Kultur-Werkstatt Nürtingen
- **Gökay Sofuoğlu**, Bundes- und Landesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland und Baden-Württemberg



# EMPFEHLUNGEN

Gemeinsam mit Gesprächspartnern aus Politik, Forschung, Verwaltung und Zivilgesellschaft diskutierten die TeilnehmerInnen über das Thema »Beteiligung von MigrantInnen in Baden-Württemberg«. Aus den Gesprächsrunden ergaben sich folgende Schlussfolgerungen:

Eine offene und herzliche Willkommenskultur erleichtert die Integration und damit einhergehend auch das Engagement zur Beteiligung von MigrantInnen.

Zu einer erfolgreichen Integration und Beteiligung bedarf es beider Seiten: Die MigrantInnen und die „Aufnehmenden“. Ohne die Bereitschaft und das Zusammenspiel beider Seiten kann keine Einheit entstehen.

MigrantInnen und Aufnahmegesellschaft müssen auf Augenhöhe miteinander kommunizieren.

Migrationshintergrund muss positiv bewertet werden und die damit verbundenen Vorurteile müssen abgebaut werden.

Beteiligung hängt sehr stark von einem Gefühl der Zugehörigkeit und des persönlichen Wohlbefindens ab.

## Wie können wir darauf hinarbeiten?

### Vernetzung

- Mehr Netzwerke, Vereine und Veranstaltungen sind notwendig, um den nötigen Raum für Beteiligung zu schaffen.
- Eine Vernetzung der Institutionen zum selben Thema ist wichtig, um im gegenseitigen Austausch die Qualität zu erhöhen.
- Die Hemmschwelle, sich zu beteiligen, muss möglichst niedrigschwellig angesetzt werden.
- Durch Kulturtandems, bei denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zusammenarbeiten, können interkulturelle Begegnungen zwischen den Vereinen gefördert werden. Dabei ist es wichtig, dass Mitmachen nicht verpflichtend ist, sondern ein Angebot bleibt.
- Wichtig ist auch die Vernetzung zwischen Vereinen und Kommunen.

### SCHLÜSSEL-PERSONEN

- Beteiligung benötigt Ansprechpersonen auf allen Ebenen. Egal, ob im Stadtquartier, der Gemeinde, der Stadt oder anderen Institutionen. Es muss eine zuständige Person geben, die sich mit dem Thema befasst und koordinierend eingreifen kann, Informationen liefert und Entwicklungen sowie Prozesse leiten kann.
- In der Verwaltung sollten Schlüsselpersonen eingesetzt werden, zum Beispiel Integrationsbeauftragte mit klaren Konzepten und Aufgabenbereichen. Wichtig ist ein differenziertes Aufgabengebiet zwischen Flüchtlings- und Integrationsbeauftragtem.
- Vorbilder im Engagementbereich sollten gezielt aufgebaut und gefördert werden.



## ANGEBOTE SCHAFFEN

- Bei der Integration von Flüchtlingen können Sport und Kunst als gemeinsame Basis den Beteiligungsprozess in besonderem Maße erleichtern, da es sich um non-verbale Aktivitäten handelt. Durch die gemeinsame Aktivität und die Spiel- und Spaßfunktion entsteht eine »Win-Win-Situation« für alle Beteiligten, wobei Herkunft schlichtweg keine Rolle mehr spielt.
- In den Gemeinden sollte Beteiligung einfacher und auf vielen Wegen kommuniziert und transportiert werden, angesichts möglicher Sprachbarrieren. Eine einfache Sprache wird auch von der Politik gefordert; mangelnde Sprachkenntnisse verhindern formelle Beteiligung, nicht jedoch kleinräumige, informelle Beteiligung.
- Beteiligung muss sich nach den Bedarfen der zu beteiligenden Personen richten.

## SELBSTBESTIMMUNG

- MigrantInnen sollten nicht als spezielle Gruppe betrachtet werden, FÜR die man Angebote schaffen muss. Es ist wichtig, die Angebote GEMEINSAM zu entwickeln.
- Anstatt MigrantInnen erst zu Veranstaltungen einzuladen, sollten sie von Anfang an in die Konzeption mit eingebunden werden.
- BürgerInnen muss das Gefühl vermittelt werden, eigenverantwortlich handeln zu dürfen.
- Ein Beteiligungsprojekt muss darauf abzielen, gleichberechtigte Handlungsspielräume zu eröffnen. Das »Empowerment« der beteiligten MigrantInnen muss im Fokus stehen.

## BILDUNG

- Politische Bildung muss gesamtgesellschaftlich wieder mehr an Bedeutung gewinnen.
- Komplexität von Beteiligungsmethoden und Formen sollte reduziert werden, nicht nur für MigrantInnen, sondern für die Gesamtbevölkerung.
- Bereits in Integrations- und Deutschkursen sollte politische Bildung vermittelt werden, um das demokratische Verständnis zu schulen und um zu zeigen, wo und wie man sich beteiligen kann.

## MENSCH

- Die paternalistische Grundhaltung gegenüber MigrantInnen ist ein Hindernis für Beteiligung. Der Mensch muss im Vordergrund stehen und nicht dessen Zuschreibung. Für eine erfolgreiche Beteiligung von MigrantInnen ist es daher wichtig, keine Einteilung in »Wir« und »Ihr« vorzunehmen, sondern jeden Menschen als gleichwertigen Mitbürger zu betrachten.
- Oft ist es nicht die tatsächliche Nationalität, über die ein Migrationshintergrund definiert wird, sondern vielmehr die Kultur und die Mentalität. So herrschen besonders viele Vorurteile gegenüber muslimischen MigrantInnen und weniger Ablehnung gegenüber MigrantInnen aus nordeuropäischen Gebieten. Diese Formen der strukturellen Diskriminierung müssen sukzessive abgebaut werden.





# Die Gesprächsrunden

An Tisch 1 diskutierten die TeilnehmerInnen gemeinsam mit **Herrn Oberbürgermeister Richard Arnold** die Frage:

## Wie können wir Flüchtlinge zu Bürgern machen?

Herr Arnold betonte, dass die Haltung im Umgang mit Flüchtlingen eine wichtige Rolle spielt. So sei es wichtig, Flüchtlinge als ein Teil der Stadtgemeinschaft anzuerkennen und nicht als abgeschottete Gruppierung. »Auch Flüchtlinge sind ein Teil der Stadt und es sollte ihnen die Möglichkeit der Teilhabe aktiv angeboten werden«, so Oberbürgermeister Arnold. Diese Perspektive ermögliche es den Flüchtlingen, dass sie Angebote von

Seiten der Stadt annehmen können. Wichtig sei auch, dass die Stadt einen Flüchtlingsbeauftragten ernannt, der sich für die Belange von Flüchtlingen einsetzt.

Die DiskutantInnen am Tisch stimmten Oberbürgermeister Arnold zu. Auch sie sehen zentrale Aspekte darin, einander auf Augenhöhe zu begegnen und auf allen Seiten Ängste abzubauen. An sich sei Gleichbehandlung selbstverständlich,

funktioniere in der Praxis aber meist noch nicht so gut. Ferner gelte es zu berücksichtigen, dass es keinen Beteiligungszwang gibt und sich nicht alle Menschen beteiligen wollen. Die TeilnehmerInnen heben die Verwaltung als wichtigen Akteur hervor. Gemeinsam mit dem Oberbürgermeister muss hier an einem Strang gezogen werden.

An Tisch 2 diskutierten TeilnehmerInnen gemeinsam mit **Jovica Arvanitelli**, Leiter der Beratungsstelle Mannheim für nichtdeutsche Roma, zur Frage:

## Ist Beteiligung von MigrantInnen nur dann möglich, wenn sie anhand ihrer eigenen Landsleute positive Beispiele ausmachen können?

Herr Arvanitelli stellte die besondere Rolle von Vorbildern in den Vordergrund der Diskussion. Primäre Sozialisationsinstanzen (Familie) oder sekundäre Sozialisationsinstanzen (Schule, Freunde, etc.) werden nur unterbewusst wahrgenommen. Deshalb seien Vorbilder wichtig, um Ziele im Leben zu entwickeln und zu erreichen. Aus seiner Erfahrung zeigt sich, dass Personen mit weniger Anerkennung in der Gesellschaft vornehmlich Vorbilder in der eigenen Kultur suchen – und zwar solche, die eine hohe Wertschätzung tragen. Ferner weist er darauf hin, dass sich das Engagement der MigrantInnen in Politik und anderswo häufig erst in der dritten Generation

zeigt. Als Zukunftsperspektive wünscht er sich, dass dies bereits in der ersten Generation möglich wird.

Nach Meinung der Teilnehmenden ist es nicht entscheidend, aus welcher Kultur Vorbilder stammen, sondern ob sie einen Bezug zur Lebenswirklichkeit der MigrantInnen aufweisen. Daher sei auch die Haltung der Aufnahmegesellschaft gegenüber MigrantInnen für deren erfolgreiche Beteiligung wichtig. Eine gemeinsame Basis, auch ohne entsprechende Sprachkenntnisse, könnte beispielsweise beim Sport entstehen.



An Tisch 3 erläuterte **Sadaf Babaei**, Projektleiterin bei der Allianz für Beteiligung, die Fragestellung:

## Sind nur MigrantInnen mit hohen Bildungsabschlüssen zu aktiver (politischer) Beteiligung bereit?

Frau Babaei betonte, dass es unterschiedliche Beteiligungsformen gibt: Die formale Beteiligung (z.B. aktives und



passives Wahlrecht, Parteimitgliedschaft etc.) setzt ein gewisses Sprachniveau voraus. Nur wenn Bürger, egal ob mit oder ohne ausländischen Wurzeln, ihre Rechte, die Gesetze und das politische System kennen und verstehen, erkennen sie die Vorteile bzw. den Mehrwert einer aktiven (politischen) Teilhabe. Die informelle Beteiligung in Form von bürgerschaftlichem Engagement ist ebenfalls eine Möglichkeit sich zu beteiligen, die in Selbsthilfeorganisationen, Vereinen etc. stattfindet. Hier ist der Bildungsgrad weniger relevant. Wichtig ist, die informelle Beteiligung nicht außer Acht zu lassen.

Die Gesprächsgruppe erachtet Bildung als wichtigen Faktor und nimmt die komplizierte Sprache von PolitikerInnen als Problem wahr. Die TeilnehmerInnen

stellen zudem die Frage in den Raum, ob an MigrantInnen höhere Erwartungen als an Deutsche gestellt werden? Insgesamt hält die Gruppe als wichtigen Punkt fest, dass MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen ihre politischen und gesellschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten näher gebracht werden müssen. Dies kann nach Meinung der TeilnehmerInnen mit Hilfe einer einfacheren Sprache, zum Beispiel in der Politik, erleichtert werden. Der Grundstein für Beteiligung muss, bereits in der Grundschule gelegt werden. Aber auch in Integrationskursen müsse die Bedeutung von Beteiligung hervorgehoben werden. Vermittlungspersonen bzw. Ansprechpartner für politisches und gesellschaftliches Engagement werden dabei als hilfreich erachtet.

An Tisch 4 diskutierte die Gesprächsrunde gemeinsam mit **Gisela Erler**, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Baden-Württemberg, die Frage:

## Findet Beteiligung von MigrantInnen nur in den Bereichen statt, in denen es Einheimische zulassen?

Die Gesprächsrunde diskutierte, warum sich manche Menschen gesellschaftlich und politisch nicht beteiligen wollen. Sie stellte sich die Frage, ob der Grund dafür tatsächlich der Migrationshintergrund von Personen ist, oder ob es noch andere Gründe geben kann. Eine Antwort auf diese Frage zu finden, fällt der Runde schwer. Konsens herrscht aber darüber, dass es in Politik und Gesetzgebung zu viele Regelungen gibt, die für viele MigrantInnen nur schwer oder überhaupt nicht verständlich sind. Dies sei mit ein Grund, warum MigrantInnen manchmal außen vor bleiben. Die TeilnehmerInnen

empfehlen daher: Mehr Netzwerke, Vereine und Veranstaltungen sind notwendig, um den nötigen Raum für Beteiligung zu schaffen. Sogenannte »Brückenbauer« sind essentiell, um MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen

zusammen zu bringen, und um Jedermann gleichermaßen zur Partizipation zu motivieren.





An Tisch 5 referierte **Dr. Frank Gesemann**, Geschäftsführer des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI), zu der Frage:

## Beteiligen sich MigrantInnen nur, wenn sie sich in ihrem Einwanderungsland wohlfühlen und abgesichert sind?

Dr. Gesemann erläuterte, dass gerade eine Grundabsicherung der Lebensbedürfnisse, wie beispielweise eine Wohnung und ein sicheres Einkommen, die Chance auf Beteiligung erhöht. Den Begriff des Wohlbefindens verknüpft Dr. Gesemann mit verschiedenen Stufen der Integration: Empirisch bewiesen sei, dass eine emotionale Integration, die man auch als Identifikation mit dem Nahraum ansehen kann, erst nach anderen Stufen der Integration, beispielsweise im Bereich der Sprache, der Kultur oder innerhalb von Beschäftigungs- oder Bildungsstrukturen, erfolgt.

Die TeilnehmerInnen am Tisch sind der Ansicht, dass BürgerInnen sich generell nur dann beteiligen, wenn sie sich wohl-

fühlen und abgesichert sind. Dies treffe somit nicht nur spezifisch auf MigrantInnen zu. Uneinig ist man sich am Tisch darüber, ob sich tatsächlich jeder beteiligen kann, der möchte, oder ob es merkliche Hürden gibt. Spaß, Nutzen und Unterstützung werden als zentrale Faktoren von Beteiligung gesehen. Bei diesem Punkt merken die TeilnehmerInnen an, dass Inklusion für sie »Teilhabe

und Teilgabe« bedeutet. Für das Wohlfühlen sei ein gutes Miteinander zwischen MigrantInnen und ehrenamtlich engagierten Personen wichtig. Außerdem muss es nach Meinung der Gesprächsrunde mehr gebündelte Informationen darüber geben, welche Angebote es gibt. Und es müssten vermehrt Beteiligungsangebote für MigrantInnen geschaffen werden.



An Tisch 6 diskutieren die TeilnehmerInnen gemeinsam mit **Rolf Graser**, Geschäftsführer des Forums der Kulturen Stuttgart e.V., über die Frage:

## Funktioniert Beteiligung von MigrantInnen nur, wenn die Beteiligungsangebote spezifisch auf ihre Interessen zugeschnitten werden?

Herr Graser kritisierte, dass in der allgemein geführten Debatte immer die Rede von »Wir« und »den MigrantInnen« ist. Allein diese paternalistische Denkweise verhindere schon eine Gleichberechtigung der Gruppen. Ein Beteiligungsprojekt sollte deshalb nicht mit Angeboten, sondern schon beim Zuhören beginnen: »Was wollen die Leute eigentlich?«. Gerade an diesem Punkt scheitert aber oft schon die Beteiligung. Zudem müsse man sich die Frage stellen: An was soll beteiligt werden? Bezieht sich die Beteiligung auf etwas bereits Bestehendes, wie beispielsweise das kommunale Wahlrecht oder der Beteiligung an kommunalen Strukturen, wie der Freiwilligen Feuerwehr?

Der Gesprächskreis ist der Ansicht, dass MigrantInnen an Chancengleichheit interessiert sind. Auch haben sie die Erfahrung gemacht, dass finanzielle Förderung von MigrantInnenprojekten recht einfach eingeworben werden kann. Beim Thema »interkulturelle Öffnung« sehen die TeilnehmerInnen hingegen noch Defizite und fordern mehr Maßnahmen in diesem Bereich. Bei Beteiligungsprojekten mit MigrantInnen ist der persönliche Kontakt und die Eigenverantwortlichkeit im Sinne eines »Empowerment« grundsätzlich wichtig. Weiter erkennen die TeilnehmerInnen »Bildung« als ebenso wichtiges Arbeitsfeld an.





An Tisch 7 diskutierten die TeilnehmerInnen gemeinsam mit **Argyri Paraschaki**, erste stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg, zur Frage:

## Wollen MigrantInnen, die sich nur in Vereinen ihresgleichen engagieren, kein Teil der Gesellschaft ihres Einwanderungslandes sein?

Frau Paraschaki unterlegt und erweitert die Einstiegsfrage mit zusätzlichen Aspekten: Die Relevanz bzw. der Stellenwert der Bürgerbeteiligung in der Kommune sei entscheidend. Die Spannweite reiche von einem jährlichen Fest der Kulturen bis zum Gmünder Weg. Des Weiteren muss festgehalten werden, dass schon viel passiert, das nicht in

einem Verein oder ähnlichen Strukturen organisiert ist. Somit ist das Engagement von MigrantInnen nicht immer sichtbar. Die TeilnehmerInnen am Tisch erkennen Vereine als wichtige Netzwerke an und wünschen sich einen vielfältigen Austausch zwischen diesen. Die Gesprächsrunde merkt an, dass oft unklar ist, wer als Ansprechpartner fungiert. Viele

Aktivitäten finden auch außerhalb von Vereinsstrukturen statt und sind daher nicht sichtbar. Vereine müssten auch nicht für alle offen sein, vielmehr hänge dies vom spezifischen Vereinszweck ab. Kulturtandems werden von der Gesprächsrunde als Möglichkeit zur Vernetzung zwischen den Vereinen gesehen.

An Tisch 8 führte **Gökay Sofuoğlu**, Bundes- und Landesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland und Baden-Württemberg, folgende Fragestellung aus:

## Inwieweit ermutigt der Islam Muslime dazu, sich in einer demokratischen Gesellschaft zu beteiligen?

Die TeilnehmerInnen bestätigten, dass sich viele Muslime in Baden-Württemberg gesellschaftlich engagieren. Viel Engagement findet allerdings in Moscheen statt, weshalb es in der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird. Auch fehle dort häufig die Anerkennung des Engagements, weil ähnlich

wie in vielen Kirchengemeinden in Baden-Württemberg bürgerschaftliches Engagement dort als selbstverständlich gilt. Als Beispiel merken die TeilnehmerInnen an, dass bisher noch keine Moschee einen Ehrenamtspreis für ihre Arbeit erhalten hat, was sie auf unterschiedliche Maßstäbe zurückführen. In

anderen Vereinen fehlt es nach Meinung des Gesprächskreises an Identifikationsfiguren und teils auch an Transparenz. Austausch ist ihrer Meinung nach nur durch Offenheit zu generieren. Zudem werden bei Beteiligungsprozessen, ergänzend zu Kirchenvertretern, Vertreter aus Moscheen vermisst.

Gemeinsam mit **Hermann Gaugele**, Integrationsbeauftragten der Stadt Schwäbisch Gmünd, sprachen die TeilnehmerInnen an Tisch 9 über die Frage:

## Inwiefern fördern Integrationsbeauftragte wirklich die Beteiligung von MigrantInnen?

Herr Gaugele leitet die Diskussion mit einem Märchen über die Suche nach einem Konzept für die Etablierung eines Integrationsbeauftragten ein (siehe Seite 17). Daran schließt sich die Frage an, wie man das Amt eines Integrationsbeauftragten angehen kann. Die TeilnehmerInnen berichten von ihren Überlegungen, welche Aufgaben ein Integrationsbeauftragter wahrnehmen

sollte. Als Lösungsansätze halten die TeilnehmerInnen fest, dass Netzwerke geschaffen werden sollten, um ein Konzept für das Tätigkeitsfeld zu entwickeln. Als zentrale Erfolgsfaktoren erachten die TeilnehmerInnen Bildungsangebote, aktive Kontaktaufnahme, Offenheit und die Nachfrage von Problemen bei den Betroffenen selbst. In der Arbeit sehen sie eine humanitäre Grundhaltung und

eine gleichberechtigte Gesprächskultur als wichtig an.





# Kommunale Strategien

**Dr. Joachim Bläse**, Erster Bürgermeister der Stadt Schwäbisch Gmünd, und **Dr. Frank Gesemann**, Leiter des Instituts für Demokratische Entwicklung und soziale Integration, stellten vor, wie ein Integrationsprozess in Kommunen gestaltet werden kann.

Interkulturalität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beiderseits fördern

Gemeinsame Projekte der Stadtgemeinschaft durchführen

Orte der Integration und Beteiligung vor Ort schaffen

**Dr. Joachim Bläse** stellte dabei sechs Grundsätze vor, die bei der Beteiligung von MigrantInnen wichtig sind:



Bildung von Kulturtandems, Bildungspartnerschaften

Anerkennung und Respekt vor kulturellen Unterschieden

Arbeit mit Multiplikatoren aus den verschiedenen ethnischen communities



**Dr. Frank Gesemann** stellte folgende vier Thesen zu kommunaler Integrationspolitik auf:

Eine aktive und strategisch ausgerichtete Migrationspolitik, die Zuwanderung und Integration als Querschnittsaufgabe verankert, ist ein zentraler Erfolgsfaktor für die Zukunftsfähigkeit von Kommunen.

Kommunen können Engagement und Beteiligung von Zugewanderten durch eine interkulturelle Öffnung des Gemeinwesens, die Etablierung einer Anerkennungs- und Willkommenskultur sowie durch gemeinschaftsstiftende Aktionen fördern.

Kommunen können die soziale Eingliederung von Flüchtlingen durch die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure sowie die Einbeziehung in Vereine und gemeinschaftliche Aktionen fördern.

Engagement und Beteiligung im Stadtteil braucht feste Ansprechpartner, verlässliche Strukturen für Beratung und Unterstützung von Zugewanderten sowie Orte der Integration für Begegnung und Austausch.



# Nachgefragt:

## Standpunkte aus Politik und Gesellschaft zur Beteiligung von MigrantInnen in Baden-Württemberg

**Wolfgang Klenk**, Vereinsvorsitzender der Allianz für Beteiligung, fragte bei Vertretern aus Politik und Gesellschaft nach: »Wie können wir mehr Beteiligung von MigrantInnen erreichen?«



**Gökay Sofuoğlu**, Bundes- und Landesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland und Baden-Württemberg vertritt den Standpunkt, dass ein neues »Wir« der Bevölkerung notwendig ist, um auch die Beteiligung von MigrantInnen zu fördern. »Es kann nicht sein, dass sich junge gebürtige Deutsche von MigrantInnen abgrenzen, die bereits länger als sie in Deutschland leben. Wir brauchen einen ehrlichen Diskurs ohne künstliche Trennung.

**Die Kommunen sollten sich die Talente und Kompetenzen von MigrantInnen nutzbar machen**

Und wir brauchen Einrichtungen wie Vereine, Verwaltungen, Initiativen und Veranstaltungen, die diesen Diskurs befeuern und moderieren!«

Herr Sofuoğlu ist davon überzeugt, dass jeder Interessen und Bedürfnisse hat, die sich auf das jeweilige Stadtviertel, die Stadt oder das gesamte Land beziehen. Die Formen der Beteiligung können allerdings nicht immer die gleichen sein, sondern müssen variieren: »Manche Personengruppen müssen Sie immer wieder zu Beteiligung motivieren und immer wieder neu dazu aufrufen. Andere hingegen treten von sich aus mit

ihren Vorstellungen an die Öffentlichkeit.« Ferner macht Herr Sofuoğlu darauf aufmerksam, dass jeder eine andere Art und Weise hat, sich zu engagieren – etwa sozial oder politisch. Fakt sei aber: jeder kann etwas verändern. »Die Kommunen sollten sich die Talente und Kompetenzen von MigrantInnen nutzbar machen«, lautet seine abschließende Empfehlung. »Beteiligung bedeutet für mich Mitbestimmung und zwar themenübergreifend und unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Nationalität.«

**Gisela Erlen**, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, sieht in den Kommunen des Landes die Wurzeln und die Basis für eine erfolgreiche Beteiligungsstruktur im



**Die Menschen brauchen Wertschätzung!**

Land. »Voraussetzung hierfür ist allerdings eine Willkommenskultur, denn die Menschen benötigen Wertschätzung, egal welchen Aufenthaltsstatus sie haben. Diese Willkommenskultur muss das Land etablieren«, stellt sie klar. Auch fordert sie, dass die Voraussetzung für Beteiligung nicht die Nationalität oder der Bildungsabschluss einer Person ist. Wer sich im Land aufhalte, solle auch als Baden-Württemberger behandelt werden: »Jeder, der nach Baden-Württemberg kommt, auch wenn es nur vorübergehend sein sollte, ist ein Baden-Württemberger. Es sollte also jeder das Recht und die Möglichkeit zum Mitmachen und zur







Beteiligung haben«, so Erler. Ihrer Meinung nach ist besonders der Zeitpunkt, zu dem die Menschen in der neuen Umgebung ankommen, ein wichtiger Moment: er sollte durch Wertschätzung und Möglichkeiten zur Begegnung geprägt sein. Gemeinsame Erlebnisse, etwa auf Festen oder bei der Arbeit, seien hierzu notwendig. Als konkrete Maßnahmen forderte sie einen besseren Rechtsschutz und einklagbare Rechte für MigrantInnen. Derzeit bestehe noch ein Spannungsverhältnis zwischen den rechtlichen Vorschriften und den realen Bedürfnissen. Die Rechtslage müsse daher angepasst werden. Zudem forderte sie die Öffnung und Vernetzung von Strukturen zur Beteiligung von MigrantInnen, speziell auch im Hinblick auf Frauen.



**Vertrauen zu ihrer Polizei vor Ort aufbauen**

**Heidrun Hassel**, Kriminalrätin, Leiterin Referat Prävention beim Polizeipräsidenten Mannheim, erläutert, dass für ein friedliches Miteinander selbstverständlich die gesamte Gesellschaft verantwortlich ist, jedoch die Polizei hierbei eine herausragende Rolle hat: »Aufgabe der Polizei ist es, die Strukturen für dieses Miteinander zu sichern und zu fördern«, so

Hassel. Es müsse deutlicher werden, dass die Polizei für die Gesamtgesellschaft, und nicht nur für bestimmte Teile, da sei. »Unser Ziel ist deshalb, dass sich Menschen mit Migrationsgrund mit dem Thema »Sicherheit« befassen und Vertrauen zu ihrer Polizei vor Ort aufbauen«, so Hassel weiter. Denn häufig sei gerade bei MigrantInnen kein Systemvertrauen in staatliche Behörden vorhanden, sondern es herrsche großes Misstrauen. Frau Hassel merkt in diesem Zusammenhang an, dass dieses Misstrauen immer wieder auch in den eigenen Reihen feststellbar ist: Wichtig sei es daher, dass gegenseitige Berührungsängste und Vorurteile abgebaut und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut werde. Wie das erreicht werden kann, zeigt sie in ihrem Projekt »Sicherheit gemeinsam gestalten – Polizei und Migranten im offenen Gespräch« (siehe Seite 15).







# BEISPIELE + ERFAHRUNGEN

## So Klapp't's! Gute Beispiele der Beteiligung von MigrantInnen

Beteiligung von MigrantInnen in der Praxis – Beteiligungsprojekte aus Schwäbisch Gmünd und Baden-Württemberg stellen sich vor



### Über Kindergeschrei zur Beteiligung – Das Bildungs- und Familienzentrum Hardt (BiKiFa)

Weitere Informationen finden Sie hier:

<http://www.jufun.de/fun/projekte/bildungs-und-familienzentrum-bikifa/>

#### Welchen Herausforderungen steht BiKiFa gegenüber?

Bildung ist ein Schlüssel zu Chancengleichheit. Aber um dies zu verwirklichen, bedarf es der Unterstützung und der Mitwirkung vieler Akteure. Da sind auf der einen Seite die Verwaltungen, die Schulen, Kindergärten sowie die professionellen und ehrenamtlichen Einrichtungen zur Familienunterstützung, um nur einige zu nennen. Auf der anderen Seite müssen aber auch die Familien erreicht werden und diese sollen selbst mitwirken, sich beteiligen, um für sich selbst und ihre Kinder eine möglichst große Chancengleichheit zu erreichen. Das Bildungs- und Familienzentrum Hardt (BiKiFa) leistet diese Arbeit und baut auf den langjährigen Erfahrungen der kath. Kindertageseinrichtung St. Elisabeth, der Grundschule Hardt und des Gemeinwesen orientierten Vereins JuFuN e.V. auf.

#### Welchen Weg der Beteiligung wählt das Projekt?

Ziel des Projektes ist es, in diesem Wohngebiet modellhaft durch die Zusammenarbeit der kath. Kindertageseinrichtung St. Elisabeth, der Grundschule Hardt und des Familien- und Nachbarschaftszentrums die Chancengleichheit der Familien und ihrer Kinder aus dem Quartier zu verbessern.

Die Einrichtung des BiKiFa ermöglicht eine durchgängige Betreuung und Begleitung der Familien schon ab der Schwangerschaft oder dem Zuzug in das Wohngebiet. Durch die Bündelung, Vernetzung und den Ausbau der bestehenden Angebote soll den Familien ein vielseitiges Bildungsangebot und viele Beteiligungsmöglichkeiten erschlossen und aufgezeigt werden. Schwerpunkte der Bildungsangebote sind die Sprachbildung und -förderung der Kinder und der Erwachsenen sowie die Multiplikatorenbildung von muttersprachlichen »Schlüsselpersonen«.

Als Besonderheit ist in diesem Projekt auch die Stadtteilkordinatorin angesiedelt. Über ihre Arbeit wird BiKiFa zum Ort der Beteiligung im Quartier mit vielfältigen Beteiligungsansätzen und der Besonderheit und gleichzeitigen Schwierigkeit immer wieder Wege zur Beteiligung unterschiedlicher MigrantInnenmilieus zu finden.





## KIKUWE – Kinder-Kultur-Werkstatt Nürtingen

Weitere Informationen finden Sie hier:

<http://www.tvfk.de/kinder-kultur/kinder-kultur-werkstatt.html>

### Welchen Herausforderungen steht die Kinder-Kulturwerkstatt gegenüber?

Die Kinder-Kultur-Werkstatt in der Alten Seegrasspinnerei in Nürtingen ist eine kulturpädagogische Einrichtung für Schulkinder. Sie stellt Angebote im künstlerischen und handwerklichen Bereich bereit, eine Jugendwerkstatt sowie einen Schülerhort mit verbindlicher Betreuung. Julia Rieger, Geschäftsführerin des Trägervereins Freies Kinderhaus, führt aus, dass die Unterstützung und Betreuung auf ehrenamtlicher Basis der Mitarbeiter erfolgt. Die Brisanz der Flüchtlingsthematik und die Tatsache, dass 2013 in unmittelbarer Nachbarschaft zur Seegrasspinnerei ein Containerdorf für ca. 60 Personen errichtet wurde, führten dazu, dass auch die lebenspraktische Unterstützung der Flüchtlinge heute eine wichtige Rolle in der Kinder-Kultur-Werkstatt spielt. Die Flüchtlinge werden unter anderem in Themen wie Begegnung, Dolmetschen, Behörden- und Arztgänge unterstützt.

### Welchen Weg der Beteiligung wählt das Projekt?

Julia Rieger erläutert, dass pro Jahr ca. 60 000 Menschen die Einrichtung als Gast oder Mitarbeiter besuchen. Die Besucher könnten sich jederzeit freiwillig aktiv beteiligen und einbringen. Die Haltung der Einrichtung stellt sie wie folgt dar: weltoffen, ganzheitlich und gemeinwohlorientiert. Die Kinder-Kultur-



Werkstatt möchte offen für Neues sein, Kultur, Erziehung, Bildung und Politik vereinen und eigene Werte und das eigene Wohlfühl der Besucher stärken. Durch viel Engagement der Ehrenamtlichen, zu denen auch eine Kunsttherapeutin gehört, ist es möglich, den traumatisierten und verängstigten Flüchtlingskindern das Ankommen zu erleichtern und durch die Vielfältigkeit

der Angebote zu helfen, ihre Erlebnisse zu verarbeiten. Dank Spenden sei es möglich, dass die Werkstatt für Flüchtlinge kostenlos nutzbar ist.



## Der Runde Tisch Integration – Eine Beteiligungsplattform

### Welchen Herausforderungen steht der Runde Tisch Integration gegenüber?

Die Stadt Schwäbisch Gmünd hat rund 60 000 Einwohner mit einem Migrantenanteil von rund 35 Prozent. Bereits seit Mitte der 1980er Jahre beschäftigt dieser Faktor auch die Politik und Verwaltung vor Ort. Resultierend aus den vielfältigen Erfahrungen wird (aktuell) der Auf- und Ausbau einer Willkommens-

und Anerkennungskultur über einen Runden Tisch Integration strukturiert, gesteuert und begleitet.

Am Runden Tisch Integration nehmen alle mit dem Thema Integration befassten Einrichtungen und Institutionen, Ämter, Vereine und Verbände sowie Betriebe Platz. Hier wird gemeinsam eine kommunale Willkommens- und Anerkennungskultur entwickelt, die die bereits vorhandenen vielfältigen Angebote

und Maßnahmen miteinander vernetzt und Projekte auf Basis der gemeinsamen Zielformulierung (weiter-)entwickelt.

## Welchen Weg der Beteiligung wählt das Projekt?

Der Runde Tisch Integration wählt einen Beteiligungsansatz, der alle wichtigen Akteure von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zusammenbringt. Um das Querschnittsthema

Integration nachhaltig in der Verwaltung der Stadt Schwäbisch Gmünd zu verankern und weiterzuentwickeln, sind neben dem Oberbürgermeister, dem Ersten Bürgermeister, dem Integrations-, dem Wirtschafts- und der Frauenbeauftragten auch die Amtsleitungen aller Ämter vertreten. Miteinander, nicht übereinander reden und Verständigung und Verstehen durch aktive Beteiligung, Begegnung und gemeinsames Tun, so die zentralen Leitmotive, die in den individuellen/jeweiligen Vorhaben/ Aktivitäten spürbar werden.



## Polizei Mannheim – »Sicherheit gemeinsam gestalten – Polizei und Migranten im offenen Gespräch«

### Welchen Herausforderungen steht die Polizei Mannheim gegenüber?

In der Stadt Mannheim leben Menschen aus 170 Nationen. Der Umgang mit MigrantInnen und fremden Kulturen gehört bei der Mannheimer Polizei deshalb inzwischen zum Alltag und interkulturelle Kompetenzen sind für die PolizeibeamtInnen zu einer unverzichtbaren Schlüsselqualifikation geworden. Obwohl dieses Thema inzwischen fest in deren Ausbildung verankert ist, ging das Polizeipräsidium Mannheim bereits 2013 einen Schritt weiter und initiierte das Projekt »Sicherheit gemeinsam gestalten – Polizei und Migranten im offenen Gespräch«. Basis hierfür war die Masterarbeit von Kriminalrätin Heidrun Hassel, die aus Forschungssicht und ganz praktisch im Mannheimer Alltag, den Umgang zwischen der Polizei und türkischstämmigen MigrantInnen untersuchte. Die Ergebnisse zeigen, dass der Alltag im gegenseitigen Umgang nicht selten von Vorurteilen, Misstrauen und Berührungängsten geprägt ist. Das Projekt verfolgt daher die Ziele: Probleme aufzuführen, offen miteinander zu sprechen und Ängste und Vorurteile zwischen den Gruppen zu äußern. So soll Verständnis auf beiden Seiten geschaffen werden.

### Welchen Weg der Beteiligung wählt das Projekt?

Das Projekt »Sicherheit gemeinsam gestalten – Polizei und Migranten im offenen Gespräch« besteht aus jeweils zwei Veranstaltungen: das erste Treffen findet in einer Moschee statt und das zweite bei der Polizei. Die Teilnehmenden sind

10 Mannheimer PolizistInnen in voller Dienstkleidung (inklusive Schutzweste und Dienstwaffe) und 10 muslimische MigrantInnen verschiedener Nationalitäten und Altersgruppen aus Mannheim. Die Teilnahme ist für beide Gruppen freiwillig.

Den Projektansatz beschreibt Frau Hassel so: Zuerst setzen sich alle an einen langen Tisch und es folgt eine kurze Einführung in das Projekt. Währenddessen ist die Atmosphäre, erfahrungsgemäß, immer noch sehr kühl. Anschließend gibt es eine interreligiöse Moscheeführung. In der dritten Phase werden Nummern gezogen, sodass jedem/r PolizistIn ein/e MigrantIn zugeordnet werde. Nun hat jedes Paar drei Minuten Zeit, sich kennenzulernen. Heidrun Hassel betont, dass dies außerordentlich gut funktioniert und nach 30 Minuten sogar nahezu alle miteinander per »Du« seien. Die Atmosphäre untereinander sei plötzlich ganz anders bzw. viel entspannter. Danach folgen ein Rollenspiel und ein gemeinsames Essen. Bei der zweiten Veranstaltung treffen sich die Teilnehmenden im Polizeipräsidium wieder. Anhand von Rollenspielen wird gemeinsam erarbeitet, welche Probleme zwischen MigrantInnen und PolizeibeamtInnen existieren.

Frau Hassel erläutert, dass die Teilnehmenden die Einstellung mit nach Hause nehmen, dass beide Seiten im Umgang miteinander achtsamer sein müssen und sich selbst fragen sollten, was sie selbst in ihrem Alltag tun könnten, um die gegenseitigen Vorurteile abzubauen. Außerdem sei es wichtig, dass sich die Teilnehmenden in Zukunft in Diskussionen einmischten, in denen es um Vorurteile gehe und so eine offene Haltung zur Thematik in die Welt trügen.





## Wir sind Gmünd! Der Integrationsbeauftragte und das Integrationskonzept

Weitere Informationen finden Sie hier:

<http://www.schwaebisch-gmuend.de/5399-Integrationsbeauftragter.html>

### Welchen Herausforderungen steht der Gmünder Integrationsbeauftragte gegenüber?

Integrationsarbeit hat in Schwäbisch Gmünd eine lange Tradition. Bereits Mitte der 1980er Jahre wurde die Stelle eines Ausländerbeauftragten geschaffen. Der heutige kommunale Integrationsbeauftragte hat eine Querschnittsaufgabe und ist Ansprechpartner für alle migrations- und integrationsrelevanten Fragen. Hermann Gaugele, Integrationsbeauftragter der Stadt Schwäbisch Gmünd, erläuterte in seinem Vortrag wie das Integrationskonzept in Schwäbisch Gmünd aufgebaut ist und welche Aufgaben die Integrationsbeauftragten haben. Diese sind die öffentliche Berichterstattung, die Koordination der Integrationskonferenz und Unterstützung des Integrationsbeirates. Darüber hinaus sorgen Integrationsbeauftragte für die Umsetzung und Fortschreibung der Integrationskonzepte.

### Welchen Weg der Beteiligung wählt das Projekt?

Seit 2005 gibt es einen Integrationsbeirat, der den früheren Ausländerbeirat abgelöst hat. Im Jahr 2008 wurde mit Unterstützung des Europäischen Forums für Migrationsstudien (EFM) ein Integrationskonzept entwickelt, das die Leitlinien der Integrationsarbeit in Schwäbisch Gmünd festlegt. Dieses Konzept wurde unter Anleitung des EFM mit großer Bürgerbeteiligung erarbeitet. Mit dem Integrationskonzept konnten die Weichen für eine strategisch ausgerichtete städtische Integrationspolitik gestellt werden. In

sechs Handlungsfeldern wird zu den Themen Sprache und Bildung, Wirtschaft und Arbeit, Wohnen und Stadtentwicklung, Soziales, Gesundheit und Sport, aktives Zusammenleben und interkulturelle Öffnung der Institutionen Ziele und Maßnahmen erarbeitet, um die Teilhabemöglichkeiten von MigrantInnen, die bereits in Schwäbisch Gmünd leben, zu verbessern. In den Handlungsfeldern arbeiten BürgerInnen und Experten aus ganz unterschiedlichen Bereichen zusammen. Die daraus resultierenden Maßnahmen sind deshalb am Bedarf der jeweiligen Zielgruppen ausgerichtet und deren Umsetzung ist aufgrund der direkten Anbindung an die Verwaltung gewährleistet.

Fuad Koldzic stellt den Integrationsbeirat in Schwäbisch Gmünd vor. Dieser besteht seit 2006 und bekommt nach und nach mehr politische Verantwortung. Er vertritt die Interessen der GmünderInnen mit Migrationshintergrund. Außerdem werde er zur Ausführung des Integrationskonzepts bei integrationsrelevanten Themen hinzugezogen. Er löste 2005 den Ausländerbeirat ab. Der Integrationsbeirat besteht aus 33 Mitgliedern, die 10 Nationalitäten vertreten. Von den 33 Mitgliedern vertreten 17 die Gruppe der Ausländer und 3 die Gruppe der Aussiedler. Ziel dieses Rates ist es, den direkten Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund zu halten und deren Meinungen zu hören. Der Beirat sei ein beratendes Gremium, das den Gemeinderat und seine Ausschüsse berät.







## Das Märchen des Integrationsbeauftragten

### ES WAR EINMAL ...

... eine Stadt am Rande der Ostalb. Eine Stadt, die eine lange erfolgreiche Geschichte hat, die bis zu den Stauern und wahrscheinlich noch weiter hinaus zurückgeht. Eine Stadt die, nicht erst heute, sondern schon immer, ein großer Anziehungspunkt für Menschen aus aller Herrenländer war. Zur Zeit der Stauer war sie sogar der Nabel der Welt. Diese Stadt also machte sich auf den Weg, um das Thema Beteiligung von MigrantInnen gut und nachhaltig zu lösen.

Die Frage, die sich stellte, war: Beteiligung von MigrantInnen: Wie sollte man das anstellen? Die Voraussetzungen waren allen klar, das Thema musste Chefsache sein. Ohne die Richtung und ohne Impuls würde es nicht gehen. Schnell wurde aber deutlich, es wäre auch eine Person notwendig, die sich ausschließlich diesem Thema widmet, ein Beauftragter, ein sogenannte(r) Ausländer- der Integrationsbeauftragte. Mann oder Frau.

Doch damit war man bei der nächsten Frage: Was für eine Person sollte das sein und wie sollte sie sich um diese Aufgabe kümmern? Da waren die Auffassungen zunächst doch sehr unterschiedlich.

Einige BürgerInnen waren der Meinung, es wäre ausreichend, einen Mann oder eine Frau zu finden, die sich um die Angelegenheiten der ausländischen MitbürgerInnen kümmert, sich ihrer Sorgen und Nöte annimmt und alles selbstständig im Interesse der MigrantInnen regelt. Man war der Auffassung, ein Integrationsbeauftragter, der sich anwaltschaftlich um die MigrantInnen kümmert, würde schon ausreichen, weil er/sie schon wissen wird, was gut ist und was MigrantInnen brauchen.

Andere fanden, dass dies nicht ausreichen würde. Sie waren der Meinung, dass man MigrantInnen beteiligen müsse. Dass man ein politisches Forum z.B. einen Integrationsbeirat einrichten müsse, in dem sie bestimmte Anliegen selbst entscheiden könnten. Dass man ihnen ein eigenes Budget zur Selbstverwaltung übergeben müsste, eigene Kindergärten betreiben lassen sollte, usw.

Eine dritte Gruppe meinte, das sei alles völlig unnötig. Sie waren der Meinung, dass es völlig ausreichend wäre, das Thema Integration mit einem klassischen Beamten/-in verwalten zu lassen und einfach abzuwarten. Alles würde sich schon von selbst regeln. Große Anstrengungen und Maßnahmen wären da gar nicht notwendig.

Unabhängig von diesen unterschiedlichen Auffassungen war man sich in der Stadt einig, dass diese Frage unbedingt gelöst werden musste. Denn nur so, und da war man sich sicher, konnte es gelingen, dass ein Integrationsbeauftragter die Integration nachhaltig beeinflussen kann.

Das Städtchen am Rande der Ostalb hat die richtige Entscheidung getroffen und deshalb leben dort seitdem alle glücklich und zufrieden miteinander.





## Vom Flüchtling zum Bürger – Eine Willkommenskultur für Flüchtlinge

Weitere Informationen finden Sie hier:

[http://www.schwaebisch-gmuend.de/5392-Gemeinschaftsunterkunft\\_fuer\\_Fluechtlinge.html](http://www.schwaebisch-gmuend.de/5392-Gemeinschaftsunterkunft_fuer_Fluechtlinge.html)

### Welchen Herausforderungen steht das Projekt »Handwerk und Technik (HuT)« gegenüber?

Das Förderprojekt »Handwerk und Technik« (HuT) hat sich zum Ziel gesetzt, Flüchtlingen grundlegende handwerkliche Kenntnisse zu vermitteln, um eine Integration in den einheimischen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Ludwig Majohr stellte klar, dass die Kenntnisse, die im Rahmen dieses Projekts vermittelt werden, nicht mit denen einer Handwerkslehre vergleichbar sind. Ziel sei es vielmehr, den Flüchtlingen die Möglichkeit zu eröffnen, Hilfstätigkeiten zu übernehmen.



### Welchen Weg der Beteiligung wählt das Projekt?

Ludwig Majohr, Leiter und Initiator des Förderprojektes, erläutert, dass an mehreren Tagen der Woche Flüchtlinge in einer Lehrwerkstatt die Möglichkeit haben, handwerkliche Techniken zu erlernen. Zugangsvoraussetzungen gebe es bewusst nicht, da ein Großteil der Flüchtlinge geringe oder gar keine handwerklichen Vorkenntnisse besäße. Die Vermittlung der Kenntnisse habe zum einen das Ziel, den Weg in ein Beschäftigungsverhältnis zu ebnen, zum anderen sei die Werkstatt aber auch bewusst als Treffpunkt konzipiert. Im Rahmen der handwerklichen Tätigkeiten könne eine Annäherung oder ein Austausch der Flüchtlinge untereinander stattfinden. Sie können so auch über ihre Erfahrungen in Deutschland sprechen. So bietet das Projekt Raum für den Austausch der Flüchtlinge untereinander und fördert zudem die konkrete Auseinandersetzung mit den kulturellen Gepflogenheiten des potentiellen Aufnahmelandes. Im schlimmsten Fall der Abschiebung könnten zudem, so Herr Major abschließend, die erworbenen handwerklichen Kenntnisse im Herkunftsland beruflich genutzt werden.

Das Projekt wird gut angenommen, erzählt Ludwig Majohr. Oft werde die Öffnung der Werkstatt von den Flüchtlingen herbeigesehnt, da die Arbeit dort eine angenehme Abwechslung zum

Alltag in den Flüchtlingsunterkünften darstellt. Darüber hinaus seien Vermittlungserfolge zu verzeichnen: Eine kleine Anzahl von Flüchtlingen habe bereits erste Erfahrungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt in Form von befristeten Arbeitsverhältnissen sammeln können.





# DAS PROGRAMM

## **09:30 Uhr Ankommen**

Anmeldung und erstes Kennenlernen, inklusive »Begrüßungsbrezel«

## **10:00 Uhr Begrüßung**

- Dr. Miriam Freudenberger, Geschäftsführerin Allianz für Beteiligung
- Richard Arnold, Oberbürgermeister von Schwäbisch Gmünd

## **10:30 Uhr Faktencheck und Erfahrungsaustausch: Welche Annahmen zur Beteiligung von MigrantInnen gibt es in Baden-Württemberg? Was ist Ihre Meinung dazu?**

### **Gesprächskreise und Impulsreferate mit folgenden Gästen:**

- Richard Arnold, Oberbürgermeister von Schwäbisch Gmünd
- Jovica Arvanitelli, Leiter der Beratungsstelle Mannheim für nichtdeutsche Roma
- Sadaf Babaei, Projektleiterin Allianz für Beteiligung
- Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
- Hermann Gaugele, Integrationsbeauftragter der Stadt Schwäbisch Gmünd
- Dr. Frank Gesemann, Geschäftsführer des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI)
- Rolf Graser, Geschäftsführer Forum der Kulturen Stuttgart e.V.
- Argyri Paraschaki, Erste stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes der kommunalen MigrantInnenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA)
- Gökay Sofuoğlu, Bundes- und Landesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland und Baden-Württemberg

### **Themenschwerpunkte des Gesprächs sind unter anderem:**

- Welche Annahmen zur Beteiligung von MigrantInnen gibt es?
- Was sind Ihre Erfahrungen bei der Beteiligung von MigrantInnen?
- Welche Vorgehensweisen können Sie konkret vorschlagen?

## **11:30 Uhr Plenum**

Einblicke in die Gesprächskreise

## **12:00 Uhr Nachgefragt: Standpunkte aus Politik und Gesellschaft zur Beteiligung von MigrantInnen in Baden-Württemberg**

### **Kurzinterviews mit:**

- Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
- Gökay Sofuoğlu, Bundes- und Landesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland und Baden-Württemberg
- Heidrun Hassel, Leiterin Referat Prävention beim Polizeipräsidium Mannheim

**Moderation** Wolfgang Klenk, Allianz für Beteiligung



**12:45 Uhr Mittagessen und Netzwerken**

**13:45 Uhr Der Gmünder Weg - Integration und Migration in Schwäbisch Gmünd**

- Dr. Joachim Bläse, Erster Bürgermeister Schwäbisch Gmünd
- Dr. Frank Gesemann, Geschäftsführer des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI)

**14:15 Uhr Beteiligung von MigrantInnen in der Praxis**

**Beteiligungsprojekte aus Schwäbisch Gmünd und Baden-Württemberg stellen sich vor**

**Wir sind Gmünd! Der Integrationsbeauftragte und das Integrationskonzept**

- Hermann Gaugele, Integrationsbeauftragter
- Fuad Koldzic, Sprecher des Integrationsbeirats

**Vom Flüchtling zum Bürger – Eine Willkommenskultur für Flüchtlinge**

- Daniela Dinser, Flüchtlingsbeauftragte
- Ludwig Majohr, Leiter des Förderprojektes HUT (Handwerk und Technik)

**Der Runde Tisch Integration – Eine Beteiligungsplattform**

- Martina Häusler, Geschäftsführerin Runder Tisch Integration
- Kezban Celik, Leiterin Projekt Interkulturelle Öffnung

**Über Kindergeschrei zur Beteiligung – Das Bildungs- und FamilienzentrumHardt (BiKiFa)**

- Birgit Bormann, Stadtteilkoordinatorin und Leiterin des Familien- und Nachbarschaftszentrums
- Halina Greczuk, Elternmentorin

**KIKUWE – KinderKulturWerkstatt Nürtingen**

- Julia Rieger, Geschäftsführerin
- Nina Raber-Urgessa, Kunsttherapeutin

**Polizei Mannheim – »Sicherheit gemeinsam gestalten – Polizei und Migranten im offenen Gespräch«**

- Heidrun Hassel, Leiterin Referat Prävention beim Polizeipräsidium Mannheim

**16:30 Uhr Zusammenfassung und gemeinsamer Abschluss im Plenum**

**17:00 Uhr Ende der Veranstaltung**







# PRESSE BERICHTERSTATTUNG

Artikel aus der Gmünder Tagespost vom 03. Juli 2015

<http://www.gmuender-tagespost.de/>

[http://allianz-fuer-beteiligung.de/fileadmin/Dokumente/Presseberichte/Schwaebisch\\_Gmuend/07032015\\_GT\\_Klappts.pdf](http://allianz-fuer-beteiligung.de/fileadmin/Dokumente/Presseberichte/Schwaebisch_Gmuend/07032015_GT_Klappts.pdf)

Artikel aus der Rems-Zeitung vom 03. Juli 2015

<http://remszeitung.de/>

[http://allianz-fuer-beteiligung.de/fileadmin/Dokumente/Presseberichte/Schwaebisch\\_Gmuend/07032015\\_Remszeitung\\_Klappts.pdf](http://allianz-fuer-beteiligung.de/fileadmin/Dokumente/Presseberichte/Schwaebisch_Gmuend/07032015_Remszeitung_Klappts.pdf)

Artikel aus dem Staatsanzeiger vom 04. September 2015

[http://allianz-fuer-beteiligung.de/fileadmin/Dokumente/Presseberichte/Schwaebisch\\_Gmuend/09042015\\_Staatsanzeiger\\_SchwaGmue.pdf](http://allianz-fuer-beteiligung.de/fileadmin/Dokumente/Presseberichte/Schwaebisch_Gmuend/09042015_Staatsanzeiger_SchwaGmue.pdf)

4. September 2015 · Nr. 35

## Politik & Verwaltung 5

### Beteiligung von Migranten

# Schwäbisch Gmünd zeigt Wege auf, wie Integration gelingen kann



Stimmen zum Thema

# „Beteiligungsgipfel“ im „Juwel des Landes“

Gestern großer baden-württembergischer Erfahrungsaustausch in der „Eule“ zur Beteiligung von Migrantinnen und

**SCHWÄBISCH GMÜND (ml).** Wenn es darum geht, wie Menschen mit Migrationshintergrund in bürgerschaftliche Aktivitäten eingebunden werden, dann ist Schwäbisch Gmünd „das Juwel des Landes“. Dieses Kompliment kommt aus beehrtem Munde: Gisela Erler ist Staatsrätin für Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft.

Benutzt hat sie den Begriff gestern beim großen baden-württembergischen Erfahrungsaustausch zur Beteiligung von Migrantinnen und Migranten, zu dem sich rund 150 Teilnehmer in der „Eule“ getroffen hatten. Bei dem ganztägigen Kongress stellte Erster Bürgermeister Joachim Bläse auch den „Gmünder Weg“ vor.



Die Hauptakteure des „Beteiligungsgipfels“ in der Eule (von links): L... riam Freudenberger, Richard Arnold, Gisela Erler.

„Klappts? Faktencheck und Erfahrungsaustausch zur Beteiligung von Migrantinnen in Baden-Württemberg“, das war das Motto in der Wissenswerkstatt in Schwäbisch Gmünd. Hier fand das jährliche Netzwerkreflexionsforum der Allianz für Beteiligung statt, gemeinsam veranstaltet mit Staatsministerium, der Landeszentrale für politische Bildung und der

„Beteiligungsgipfel“ in Schwäbisch Gmünd stattfand. Er habe selbst im Laufe des Vormittags viel gelernt. Besonders beeindruckt habe ihn die Vorstellung des „Speed-Dating“ durch Kriminalrätin Heidrun Hassel aus Mannheim. Dabei sucht die Polizei als Präventionsmaßnahme frühzeitig das Gespräch besonders mit jungen Migranten.

Arnold berichtete von einem Besuch in der Rauchbeinschule, die fast täglich neue Migranten-Kinder aufnehme; aktuell besonders viele Mädchen. Unter den serbischen Zuwandererkindern sei der Anteil an Analphabeten erschreckend hoch. Für die Zeit nach den Sommerferien seien noch an Bedeutung

„Klappts? Faktencheck und Erfahrungsaustausch zur Beteiligung von Migrantinnen in Baden-Württemberg“, das war das Motto in der Wissenswerkstatt in Schwäbisch Gmünd. Hier fand das jährliche Netzwerkreflexionsforum der Allianz für Beteiligung statt, gemeinsam veranstaltet mit Staatsministerium, der Landeszentrale für politische Bildung und der

21 schäftigt gewer Einwanderung sich die Zahl onshintergru



# DIE VERANSTALTER



Allianz für  
Beteiligung

Die Allianz für Beteiligung ist ein unabhängiges Netzwerk von AkteurInnen in Baden-Württemberg, das sich für eine Stärkung der Bürgerbeteiligung und der Zivilgesellschaft einsetzt. Das Netzwerk tritt dafür ein, dass politische Beteiligung von BürgerInnen in Baden-Württemberg mehr Gewicht bekommt. Den Impuls zur Gründung der Allianz für Beteiligung hat Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg 2012 gegeben. Die Allianz für Beteiligung wird vom Land Baden-Württemberg, der Baden-Württemberg Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Breuninger Stiftung und der Führungsakademie Baden-Württemberg gefördert.  
[www.allianz-fuer-beteiligung.de](http://www.allianz-fuer-beteiligung.de)



**Schwäbisch Gmünd**  
Älteste Stauferstadt

Schwäbisch Gmünd liegt im Zentrum Süddeutschlands in der Region Ostwürttemberg. Die Große Kreisstadt hat rund 60 000 Einwohner, davon haben rund 35% einen Migrationshintergrund. Deshalb ist die Integrationsarbeit in der Stadt besonders wichtig und hat bereits Tradition. Mitte der 1980er Jahre wurde die Stelle eines Ausländerbeauftragten geschaffen. Der heutige kommunale Integrationsbeauftragte hat eine Querschnittsaufgabe und ist Ansprechpartner für alle migrations- und integrationsrelevanten Fragen. Seit 2005 gibt es einen Integrationsbeirat und im Jahr 2008 wurde ein Integrationskonzept entwickelt, das die Leitlinien der Integrationsarbeit in Schwäbisch Gmünd festlegt. Seit 2012 wird am Gmünder Weg, der Willkommens- und Anerkennungskultur für MigrantInnen in der Stadt, gearbeitet.  
[www.schwaebisch-gmuend.de](http://www.schwaebisch-gmuend.de)



**Baden-Württemberg**  
STAATSMINISTERIUM

Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung des Landes Baden-Württemberg ist Mitglied im Kabinett und hat die Anliegen der Zivilgesellschaft und die Stärkung der Bürgerbeteiligung im Blick. Die Staatsrätin versteht sich als Botschafterin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Die Landesregierung möchte eine „Politik des Gehörtwerdens“ initiieren und etablieren. Mehr und mehr soll diese Haltung auf allen Ebenen der Verwaltung zutage treten. Die Menschen im Land sollen informiert werden, mitreden und auch mitentscheiden können.  
[www.beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de](http://www.beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de)



Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) ist die zentrale überparteiliche staatliche Einrichtung für die politische Bildung in Baden-Württemberg und wendet sich an alle BürgerInnen des Landes. Sie gehört zum Geschäftsbereich des Landtags von Baden-Württemberg und hat ihren Hauptsitz in Stuttgart. Für die regionale Arbeit unterhält die Landeszentrale Außenstellen in Freiburg im Breisgau und Heidelberg.  
[www.lpb-bw.de](http://www.lpb-bw.de)



# VON A – Z

## Die angemeldeten TeilnehmerInnen

<b>Ansuh</b>	<b>Doris</b>	
<b>Arnold</b>	<b>Richard</b>	Oberbürgermeister Schwäbisch Gmünd
<b>Arvanitelli</b>	<b>Jovica</b>	Beratungsstelle für nichtdeutsche Roma Mannheim
<b>Babaei</b>	<b>Sadaf</b>	Allianz für Beteiligung
<b>Basch</b>	<b>Jessica</b>	Universität Stuttgart
<b>Baumgärtner</b>	<b>Inge</b>	Stadtverwaltung Sinsheim
<b>Bäumli</b>	<b>Carmen</b>	Stadt Schwäbisch Gmünd
<b>Baur</b>	<b>Beate</b>	Kreisjugendring Rems-Murr e.V.
<b>Bergmann</b>	<b>Peggy</b>	Kinderkulturwerkstatt Nürtingen
<b>Betz</b>	<b>Hans-Michael</b>	Geschäftsbereich Integration und Versorgung, Ostalbkreis
<b>Bialek</b>	<b>Anneli</b>	Kinderkulturwerkstatt Nürtingen
<b>Biehle</b>	<b>Tobias</b>	Universität Stuttgart
<b>Bilen</b>	<b>Hayrullah</b>	YEF e.V.
<b>Bitzer</b>	<b>Ilse</b>	
<b>Bläse</b>	<b>Dr. Joachim</b>	Erster Bürgermeister Schwäbisch Gmünd
<b>Bluschke</b>	<b>Alexandra</b>	Landratsamt Alb-Donau-Kreis
<b>Bojdol</b>	<b>Richard</b>	Fotograf
<b>Bormann</b>	<b>Birgit</b>	Familien- und Nachbarschaftszentrum
<b>Braun</b>	<b>Sabrina</b>	Integrationsbeauftragte Landkreis Rastatt

<b>Brogen</b>	<b>Juliana</b>	Universität Stuttgart
<b>Büttner</b>	<b>Christian</b>	
<b>Celik</b>	<b>Kezban</b>	Projektleiterin Interkulturelle Öffnung des Mehrgenerationenhauses des DRK Schwäbisch Gmünd
<b>Christl</b>	<b>Thomas</b>	Gemeinde Waldbronn
<b>Cicek</b>	<b>Nadin</b>	Ortsbücherei Nordheim
<b>Dalkiran</b>	<b>Serpil</b>	
<b>Damjanovic-Schachner</b>	<b>Dragana</b>	Integrationsbeirätin Schwäbisch Gmünd
<b>Daniel</b>	<b>Andrea</b>	Geschäftsbereich Integration und Versorgung, Ostalbkreis
<b>de Broja</b>	<b>Claudia</b>	Universität Stuttgart
<b>Diechsel</b>	<b>Saskia</b>	Universität Stuttgart
<b>Dinser</b>	<b>Daniela</b>	Flüchtlingsbeauftragte Stadt Schwäbisch Gmünd
<b>Eberle</b>	<b>Michaela</b>	IHK Ostwürttemberg
<b>Erdemirel</b>	<b>Aslihan</b>	
<b>Erler</b>	<b>Gisela</b>	Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Staatsministerium Baden-Württemberg
<b>Fallahian</b>	<b>Farzaneh</b>	a.l.s.o. e.V.
<b>Finkele</b>	<b>Anni</b>	Landratsamt Böblingen -Flüchtlingsunterbringung
<b>Fitterling</b>	<b>Herbert</b>	Bürgermeister Stadt Eisingen/Fils
<b>Freudenberger</b>	<b>Angelika</b>	
<b>Freudenberger</b>	<b>Dr. Miriam</b>	Allianz für Beteiligung
<b>Freybler</b>	<b>Henriette</b>	Stadtverwaltung Aalen Haus der Jugend
<b>Frick</b>	<b>Lothar</b>	Landeszentrale für politische Bildung
<b>Fritsch</b>	<b>Uwe</b>	Jugend- und Sozialarbeit Schwäbisch Gmünd
<b>Gaugele</b>	<b>Hermann</b>	Integrationsbeauftragter der Stadt Schwäbisch Gmünd
<b>Gesemann</b>	<b>Dr. Frank</b>	Geschäftsführer des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI)
<b>Glamser</b>	<b>Silke</b>	Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung e.V. (LAGO)



<b>Gököz</b>	<b>Ramazan</b>	YEF e.V.
<b>Golomb</b>	<b>Kinga</b>	Stadt Ettlingen
<b>Gölz</b>	<b>Eva</b>	AK Flüchtlinge Alfdorf
<b>Graf</b>	<b>Alexandra</b>	Universität Stuttgart
<b>Graser</b>	<b>Rolf</b>	Forum der Kulturen Stuttgart e.V.
<b>Greczuk</b>	<b>Halina</b>	Elternmentorin
<b>Haberkorn</b>	<b>Michael</b>	Universität Stuttgart
<b>Hamm</b>	<b>Andreas</b>	Universität Stuttgart
<b>Hasan</b>	<b>Gamze</b>	Jugend- und Sozialarbeit Schwäbisch Gmünd
<b>Hassel</b>	<b>Heidrun</b>	Kriminalrätin Stadt Mannheim
<b>Häusler</b>	<b>Martina</b>	Geschäftsführerin Runder Tisch Integration Stadt Schwäbisch Gmünd
<b>Heiligensetzer</b>	<b>Dr. Christina</b>	e.V. Bild und Sprache
<b>Hepp</b>	<b>Miriam</b>	Schwäbisch Gmünder Volkshochschule e.V.
<b>Hepting</b>	<b>Victoria</b>	Stabstelle Partizipation und Integration, Stadt Heilbronn
<b>Herce</b>	<b>Miguel Angel</b>	Migrationsbeirat Mannheim
<b>Himmel</b>	<b>Wolfgang</b>	translake GmbH
<b>Hirneise</b>	<b>Jochen</b>	LRA Böblingen -Flüchtlingsunterbringung
<b>Hirner</b>	<b>Karoline</b>	Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd
<b>Huber</b>	<b>Benjamin</b>	Universität Stuttgart
<b>Jerg</b>	<b>Karin</b>	Bildung, Jugend, Gesundheit Stadt Mannheim
<b>Josephy</b>	<b>Stefanie</b>	
<b>Jünger</b>	<b>Judith</b>	Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e.V.
<b>Kallfaß</b>	<b>Prof. Dr. Sigrid</b>	SIZ Sozialplanung, Fachberatung Landkreisnetzwerk BE
<b>Kegelmann</b>	<b>Prof. Dr. Jürgen</b>	Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl
<b>Kemter</b>	<b>Dr. Virginie</b>	Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg

<b>Klatt</b>	<b>Lothar</b>	Rechtsanwalt
<b>Klenk</b>	<b>Wolfgang</b>	Breuninger Stiftung
<b>Koldzic</b>	<b>Fuad</b>	Sprecher des Integrationsbeirats Stadt Schwäbisch Gmünd
<b>Krentz</b>	<b>Marina</b>	
<b>Krumm</b>	<b>Rabea</b>	Stiftung Haus Lindenhof
<b>Lackenberger</b>	<b>Gerald</b>	Nachbarschaftswerk e.V.; LAG Soziale Stadtentwicklung BW e.V.
<b>Laib</b>	<b>Eleonore</b>	Gemeinde Ummendorf
<b>Lehmann</b>	<b>Dieter</b>	Amtsleiter, Stadt Schwäbisch Gmünd
<b>Letzel</b>	<b>Bernd</b>	Integrationsbeauftragter Stadt Eislingen/ Fils
<b>Lohse</b>	<b>Pit</b>	Kinderkulturwerkstatt Nürtingen
<b>Majohr</b>	<b>Ludwig</b>	Förderprojekt HuT
<b>Meldt</b>	<b>Robert</b>	Universität Stuttgart
<b>Merkel</b>	<b>Carmen</b>	Stadt Gaggenau
<b>Milwich</b>	<b>Jessica</b>	
<b>Mirbach</b>	<b>Dr. Ferdinand</b>	Robert Bosch Stiftung
<b>Missenhardt</b>	<b>Teresa</b>	Universität Stuttgart
<b>Moirongo</b>	<b>Caren</b>	Universität Stuttgart
<b>Mörike</b>	<b>Michael</b>	Integrata-Stiftung
<b>Morlock</b>	<b>Carolin</b>	Landratsamt Ostalbkreis
<b>Mugler</b>	<b>Rosa</b>	Breuninger Stiftung
<b>Müller</b>	<b>Rolf</b>	Internationaler Bund, IB Baden
<b>Mürdter</b>	<b>Herr</b>	
<b>Neumann</b>	<b>Daniela</b>	Baden-Württemberg Stiftung
<b>Nikqi-Mehmeti</b>	<b>Liridone</b>	Universität Stuttgart
<b>Nöldeke</b>	<b>Johannes</b>	DIALOG BASIS
<b>Nowotnick</b>	<b>Hermine</b>	Landratsamt Ostalbkreis

<b>Nuding</b>	<b>Ute</b>	Stadt Schwäbisch Gmünd
<b>Paraschaki</b>	<b>Argyri</b>	Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg
<b>Peter</b>	<b>Sabine</b>	AGJF Bden-Württemberg e.V.
<b>Pitschel</b>	<b>Florian</b>	Universität Stuttgart
<b>Polechtchouk</b>	<b>Svetlana</b>	Hochschule Esslingen
<b>Pranjic</b>	<b>Eva</b>	Integrationsbeauftragte Landkreis Rastatt
<b>Raber-Urgessa</b>	<b>Nina</b>	Kinderkulturwerkstatt Nürtingen
<b>Rauh</b>	<b>Werner</b>	Geschäftsstellenleiter des Jobcenter Schwäbisch Gmünd
<b>Reisle</b>	<b>Meike</b>	Universität Stuttgart
<b>Rieger</b>	<b>Julia</b>	Kinderkulturwerkstatt Nürtingen
<b>Riethmüller</b>	<b>Stefanie</b>	Breuninger Stiftung
<b>Rink</b>	<b>Sabine</b>	Jugend- und Sozialarbeit Schwäbisch Gmünd
<b>Saknus</b>	<b>Hans-Jürgen</b>	Jugendreferent Große Kreisstadt Öhringen
<b>Sanwald</b>	<b>Sandra</b>	Stadt Schwäbisch Gmünd
<b>Schal</b>	<b>Kurt</b>	eule Wissenswerkstatt
<b>Schlüter</b>	<b>Heike</b>	Staatliches Schulamt Backnang
<b>Schmid</b>	<b>Tamara</b>	Stadt Schwäbisch Gmünd
<b>Schrieb</b>	<b>Petra</b>	Stiftung Haus Lindenhof
<b>Schröder</b>	<b>Isabell</b>	Projekt „Sorgende Gemeinschaften“
<b>Schuch</b>	<b>Jan</b>	Universität Stuttgart
<b>Schwimmbeck</b>	<b>Helmut</b>	VHS Schwäbisch Gmünd
<b>Seitz</b>	<b>Sehada</b>	Intergrationsbeirat Schwäbisch Gmünd
<b>Sellke</b>	<b>Piet</b>	Universität Stuttgart
<b>Setzer</b>	<b>Alf</b>	Bild und Sprache e.V.
<b>Simshäuser</b>	<b>Dr. Ulla</b>	Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd



<b>Sofuoğlu</b>	<b>Gökay</b>	Bundes- und Landesvorsitzender Türkische Gemeinde in Deutschland und Baden-Württemberg
<b>Stang</b>	<b>Andrea Karin</b>	SSA Göppingen
<b>Steinhilber</b>	<b>Sinika-Marie</b>	Landesgesundheitsamt BW
<b>Stepien</b>	<b>Sabrina</b>	Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis
<b>Tesfai</b>	<b>Yanet</b>	Baden-Württemberg Stiftung
<b>Tomforde</b>	<b>Barbara</b>	Landratsamt Tübingen
<b>Torun</b>	<b>Süheyla</b>	
<b>Tröster</b>	<b>Daniel</b>	Universität Stuttgart
<b>Ukaj</b>	<b>Vatan</b>	
<b>von Helldorf</b>	<b>Dr. Ursula</b>	AK Soziales Lokale Agenda 21 Ehingen
<b>Wachinger</b>	<b>Dr. Gisela</b>	Universität Stuttgart
<b>Wächter</b>	<b>Tobias</b>	Universität Stuttgart
<b>Wahl</b>	<b>Renate</b>	Generationentreff Spitalmühle, Stadt Schwäbisch Gmünd
<b>Waldner</b>	<b>Isabell</b>	Universität Stuttgart
<b>Weis</b>	<b>Lisa</b>	Allianz für Beteiligung
<b>Weise</b>	<b>Nathalie</b>	Universität Stuttgart
<b>Werner</b>	<b>Friedhelm</b>	bildungswerk für kommunalpolitik baden-württemberg
<b>Wezel</b>	<b>Hannes</b>	Staatsministerium Baden-Württemberg
<b>Wieczorek</b>	<b>Kirsten</b>	Regierungspräsidium Stuttgart
<b>Wischata</b>	<b>Gisela</b>	Stadt Schwäbisch Gmünd
<b>Yoleri-Elgumüs</b>	<b>Asuman</b>	Universität Stuttgart
<b>Zehender</b>	<b>Dr. Helmut</b>	Arbeitsgruppe Asyl Schwäbisch Gmünd
<b>Zimmermann</b>	<b>Tobias</b>	Universität Stuttgart
<b>Zimmermann</b>	<b>Magdalena</b>	Universität Stuttgart